

Es folgt Punkt 10: Anträge zum Parteiprogramm.

Hier fallen in Betracht die Anträge 15, 16 und 17.

Der Antrag 15 wird zurückgezogen, Antrag 16 findet nicht die genügende Unterstützung und Antrag 17 wird durch den Beschluß, die Proportionalwahl nicht zu besprechen, für erledigt erklärt.

Es folgt Punkt 11: Sonstige Anträge.

Singer: Der Parteitag ist damit einverstanden, daß wir diese Anträge in drei Kategorien theilen.

Die erste betrifft den Ort, wo der nächste Parteitag tagen soll, die zweite seine Tagesordnung, die dritte umfaßt verschiedenartige Anträge. Ueber den Ort des nächsten Parteitages wird schriftlich abgestimmt werden.

Mit der Frage des Ortes des nächsten Parteitages beschäftigen sich die Anträge: 18, 19, 20, 21, 22, 23 und der Antrag David, der als Ort des nächsten Parteitags Mainz vorschlägt.

Von diesen Anträgen finden nur die Anträge 18, 21 und Antrag David die genügende Unterstützung, während der Antrag 23, der für den nächsten Parteitag Karlsruhe vorschlägt, zurückgezogen ist.

Es handelt sich also darum, ob der Parteitag in Hamburg, Hannover oder Mainz abgehalten werden soll.

Mollenbuhr tritt für Hamburg ein. Es sei schon oft der Wunsch laut geworden, einen Parteitag in Hamburg abzuhalten, aber stets habe man eingewandt, daß Hamburg zu weit von dem Mittelpunkt Deutschlands entfernt sei. Die Strecke von Hamburg bis zur nächsten Grenze betrage aber nur 152 Kilometer, während z. B. Mainz 212 Kilometer von der russischen Grenze entfernt sei. Die Hamburger hätten mit Rücksicht auf die Thätigkeit der dortigen Genossen einen Anspruch darauf, einmal den Parteitag bei sich zu sehen. Nachdem wiederholt nahe an der Grenze Parteitage stattgefunden, sei es eine Zurücksetzung, wollte man jetzt nicht nach Hamburg gehen, das ja von überall her leicht zu erreichen sei. In Hamburg seien die Delegirten auch sicher, daß sie nicht erst eine Landreise zum Parteilokal zu machen hätten. (Geisterkeit.)

David spricht den Wunsch aus, den Parteitag in Mainz abzuhalten. Hauptsächlich mit Rücksicht darauf, daß dadurch in agitatorischer Beziehung etwas erreicht wird.

Wiehle vertritt den Antrag, den Parteitag in Hannover stattfinden zu lassen.

Bömelburg tritt für Hamburg ein. Alle Vorzüge Hamburgs könne er nicht schildern, sonst würde ja Hamburg sofort einstimmig gewählt werden. (Geisterkeit.)

Gülle-Erfurt weist darauf hin, daß die von Mollenbuhr aufgestellte Berechnung der Entfernung Hamburgs falsch sei. Auch die Wohnungsverhältnisse Hamburgs seien schlechte. Er empfehle Mainz. Im vorigen Jahre hätten sich ja die Hamburger selbst dagegen gestäubt, daß in Hamburg der Parteitag abgehalten werde. Man habe dann damals auf die schlechten Saalverhältnisse aufmerksam gemacht.

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Während der Abstimmung, die eine schriftliche ist, wird in die Berathung der Anträge zur Tagesordnung des nächsten Parteitages eingetreten.

Singer: Ich hätte gegen die Berathung dieser Anträge ja an sich nichts einzuwenden, aber gegenüber den vielfachen Schwierigkeiten, die sich bei der Beschaffung von Referenten für die Feststellung der Tagesordnung herausstellen und bei der Wichtigkeit der Punkte schlage ich Ihnen vor, Sie überweisen sämtliche Anträge dem geschäftsführenden Ausschusse.

Diesem Antrage entsprechend wird beschlossen.

Es folgt die Berathung der verschiedenen Anträge.

Den Antrag 30, betreffend die Errichtung eines Bureaus zur Ertheilung von Rath in Rechtsangelegenheiten im Saarrevier auf Parteikosten begründet

Cunmel mit dem Hinweis auf die hinlänglich bekannten Verhältnisse im Gebiet des Königs Stumm. Sogar die Rechtsanwälte ständen dort unter dem geistigen Einfluß des Fabrikdirektors, mit dem sie im Kasino verkehrten. Nicht einmal die Bergarbeiter fänden Schutz und deshalb habe schon der katholische Volksverein und die christlich-soziale Partei ein Rechtsbureau errichtet. Das Bureau der christlich-sozialen Partei sei freilich von Stumm bereits weggefegt. Ein solches Bureau würde der Partei zum Vortheil gereichen.

Pfannkuch: Ich meine, daß der Parteitag sich mit derartigen Fragen überhaupt nicht beschäftigen solle. (Sehr richtig!) Was dem Saargebiet Recht ist, ist anderen Kreisen, namentlich Ost- und Westpreußen, billig. Um all diese Wünsche zu befriedigen, würden aber unsere Mittel nicht ausreichen. (Sehr richtig.) Ein Rechtsbureau, das nicht in allen Fragen des Rechts und des öffentlichen Lebens sichere und prompte Antwort zu ertheilen vermag, wird eher schaden als nützen.

Legien: Ueber die Zweckmäßigkeit und die Nothwendigkeit eines solchen Rechtschutz- und Auskunftsbureaus dürfte wohl kaum ein Zweifel bestehen. Ich bin gegen den Antrag, weil gerade im Saarrevier bei einem wöchentlichen Beitrag von 1 Pf. die Arbeiter ein solches Institut selbst erhalten können. Die Partei als solche kann dafür nicht eintreten.

Der Antrag wird abgelehnt.

Zur Debatte gelangen die Anträge 62 und 63, betreffend Verhalten der Leipziger Genossen in der Wahlrechtsfrage. Zur Begründung derselben spricht

Mehner-Chemnitz: Es wurde uns nahe gelegt, diese Anträge zurückzuziehen und der nächsten sächsischen Landesversammlung die Entscheidung zu unterbreiten. Wir konnten diesem Verlangen jedoch nicht nachkommen, denn wir sind Beauftragte unserer Genossen und haben deren Aufträge auszuführen. Der Redner giebt eine Darlegung des Streites. Die Landesversammlung der sächsischen Genossen in Dresden hat sich mit überwiegender Majorität dahin entschieden, daß die Mandate beizubehalten sind und daß sich die Genossen an den künftigen Wahlen zu betheiligen haben. Nun haben die Leipziger Genossen ihre Landtags-Abgeordneten Pinau und Goldstein trotz des Beschlusses der Landesversammlung aufgefordert, ihre Mandate niederzulegen. Pinau ist dieser Aufforderung nachgekommen, Goldstein nicht, weil sein Mandat in nächster Zeit abläuft. Die Leipziger Genossen haben ferner beschlossen, sich an den Landtagswahlen nicht mehr zu betheiligen. Diese Vorgänge dürfen nicht mit Stillschweigen übergangen werden. Wir gerathen auf eine schiefe Ebene, wenn wir das demokratische Prinzip durchbrechen. Mit der Einigkeit und Geschlossenheit unserer Partei ist es sonst vorbei. (Zustimmung.)

Serisch: Ich bitte beide Anträge abzulehnen, da wir die Erledigung dieser Angelegenheit den sächsischen Parteigenossen selbst überlassen können.

Schoenlant: Ich kann mich dem nur anschließen und empfehle Ihnen das auch. (Geisterkeit.)

Seher: Auch ich meine, wir brauchen den Parteitag nicht zu betheiligen; wir sind in Sachsen selbst Manns genug und werden selbst bei uns die Disziplin aufrechterhalten. (Bravo!) Wir haben bis zu den nächsten Wahlen noch eine Landesversammlung und wir sind davon überzeugt, daß die Leipziger Genossen sich den Beschlüssen derselben fügen werden. Mit Rücksicht